



## Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

### **Bündnis gegen Essstörungen - Heilungsprozesse durch Beratung, Behandlung und Begleitung sicher stellen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass sich Essstörungen als Krankheitsbild in den letzten Jahren verfestigt haben. Die Fallzahlen steigen, die Dunkelziffer ist sehr hoch. Insbesondere junge Mädchen und Frauen sind betroffen. Eine wesentliche Ursache sind unrealistische Schönheitsideale, die von Medien und Werbung suggeriert werden und sich zunehmend als vermeintlich gesunde und erstrebenswerte Körpernorm durchsetzen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass es notwendig ist, falschen „Schönheitsidealen“ ein realistisches Körperbild und einen gesunden und genussvollen Umgang mit dem Thema Essen entgegen zu setzen. Die Landesregierung wird gebeten dieses Ziel, im Rahmen einer Moderatorenrolle und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit anzustreben um damit auch der Verantwortung gegenüber Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, ein „**Bündnis gegen Essstörungen**“ zu gründen, um Lösungsansätze für folgende Punkte zu erarbeiten und **verbindlich** miteinander zu vereinbaren:

1. Schaffung von Strukturen, die eine Weiterbehandlung von PatientInnen nach einem stationärem Aufenthalt durch die vertrauten Klinik-Therapeuten ermöglichen, z. B. im Rahmen von Institutsambulanzen oder integrierten Versorgungsnetzen.
2. Aufbau von Netzwerken für Information, Beratung, Begleitung und Behandlung bei Essstörungen zwischen den Leistungserbringern (Fachkliniken, niedergelassene Ärzte und Therapeuten, Kassenärztliche Vereinigung, psychosozialen Beratungseinrichtungen) und Kostenträgern (Krankenkassen, Rentenversicherungsträger, Kommunen).
3. Ermittlung der psychotherapeutischen Versorgungssituation durch Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung unter Berücksichtigung der real geleisteten Therapiestunden zur Überprüfung des gesetzlichen Sicherstellungsauftrages. Abbau der ggf. ermittelten therapeutischer Unterversorgung, die durch eine fehlende Übereinstimmung von Zulassungskontingenten und realem Therapieaufkommen entsteht.

4. Bilanzierung der außervertraglichen / außerbudgetären Einzelfalleleistungen der Krankenkassen im Bereich psychischer Erkrankungen / Essstörungen.
5. Dokumentation und Überprüfung der Fort- und Weiterbildungsangebote für Ärzte und Therapeuten zum Themenbereich Essstörungen mit dem Ziel einer Angleichung von Angebot und Bedarf.
6. Sicherstellung der Finanzierung für eine Neuauflage der Broschüre / des Ratgebers über Beratungs- und Behandlungsangebote bei Essstörungen in Schleswig-Holstein (mit Adressverzeichnis) sowie Aufbau einer entsprechenden Internet-Präsenz. Aufgezeigt werden soll, welche Beratungsstellen, Ärzte, Kliniken und Therapeuten für den Umgang mit Essstörungen qualifiziert sind.
7. Ausbau von (freiwilligen) hauswirtschaftlichen Unterrichtseinheiten im Rahmen offener Ganztagsschulangebote, damit Kinder einen praktischen und lustvollen Zugang zur Zubereitung und dem gemeinschaftlichen Verzehr von gesunden Mahlzeiten erhalten.
8. Entwicklung einer gemeinsamen Kampagne von ÄrztInnen, TherapeutInnen und ApothekerInnen zur Sensibilisierung über Kontraindikation bei der Verschreibung und dem Verkauf von Appetitzüglern, Diätpräparaten, Abführmitteln und Entwässerungsprodukten bei Essstörungen.
9. Sicherstellung einer flächendeckenden psychosozialen Betreuung von Menschen mit Essstörungen durch Anlauf- und Beratungsstellen sowie der Finanzierung von Selbsthilfegruppen und –angeboten.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, über die Arbeitsergebnisse und Vereinbarungen des „Bündnisses gegen Essstörungen“ in der 17. Tagung zu berichten.

Angelika Birk  
und Fraktion